

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden
Ruben & Comp., Nr. 1268

Organ für das **werktätige Volk**

Postkontos: Ost. Anst. Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen
„Lohn der Arbeit“ und „Volk und Welt“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstellen: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Kompaßzeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche
40 Proz. Rabatt. Für Dreifachbelegung 10 Pf.

Nr. 63

Dresden, Dienstag den 16. März 1926

37. Jahrg.

Der letzte Tag

Der Mittwoch ist der letzte Tag der Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren! Das Ergebnis des Märzkomplexes des deutschen Volkes gegen Fürstenübermut und Fürstenhabgier läßt sich heute schon überblicken. Die Eintragungen für das Volksbegehren sind eine wichtige Demonstration für die Republik, gegen die Ansprüche der Fürsten und die Hoffnungen der deutschen Monarchisten. Der monarchistische Gedanke in Deutschland ist tot. Der Märzkomplex hat den Spul des Monarchismus, die fürstlichen Gespenster aus dem 18. Jahrhundert, hinweggeblasen. Die Ergebnisse, die bis Sonntagabend aus dem Reich vorliegen zeigen, daß die Volksbewegung gegen Ende der Eintragungsfrist einer gewaltigen Aufschwung genommen hat. Schon am Ende der vorigen Woche war die für das Volksbegehren erforderliche Zahl von 4 Millionen Stimmen erreicht und überschritten — jetzt läßt sich abschätzen, daß noch vor dem letzten Tage des Volksbegehrens die Zahl von 8 Millionen Eintragungen erreicht, ja vielleicht erheblich überschritten wird.

In Berlin am Sonntag 217 000 Eintragungen, insgesamt 1 091 000; das ist nahezu genau die Hälfte der Stimmen, die bei der Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 in Berlin überhaupt abgegeben wurden. Die Eintragungsziffer übersteigt die von Sozialdemokraten und Kommunisten bei dieser Wahl erreichte Stimmenzahl schon um 20 000. In Braunschweig 300 000 Eintragungen, 90 Prozent der sozialdemokratischen und kommunistischen Stimmen bei der Dezemberwahl. Und so ist es in allen deutschen Städten. Leipzig 165 000, Köln 80 000! In Thüringen haben die ländlichen Industriegebiete die Teilnahme der ganzen Bevölkerung an der Einzeichnung gebracht.

In den Reihen der Fürstentochter, der monarchistischen Parteien und der Presse herrscht Schrecken und Verlegenheit. Sie sind im Geworden. Man hört nichts mehr von den Phrasen, daß das deutsche Volk an seinen entthroneten Fürsten hänge und im Herzen monarchisch sei. Die tägliche Rundschau, die vor wenigen Tagen noch höhnend eine Stimme der Vergleichsmärktchen Zeitung abdruckte, es sei noch gar nicht ausgemacht, daß 4 Millionen Stimmen für das Volksbegehren zusammenkommen würden, schweigt heute. Sie wagt es nicht, ihren Lesern die Zahl der Eintragungen in Berlin und den Stand des Volksbegehrens an Rhein mitzuteilen. Mit ihr schweigen die andern Kinder monarchistischer Habgier. Der Schrecken ist ihnen in die Schenkel gefahren. Nur die Deutsche Zeitung nimmt jetzt vom Stand des Volksbegehrens, allerdings in folgenden Ausführungen, denen man die tödliche Verlegenheit anmerkt:

„Nach Meldungen solcher Blätter, die die „Massenfeste“ gegen die Fürsten aufheben, sollen die Unterschriften für das Volksbegehren in Berlin eine Million überschritten haben, im Reich 7 oder 8 Millionen betragen. Zwar sind diese Angaben nur „Schätzungen“ solcher Leute, denen an möglichst hohen Zahlen liegt. Immerhin muß man damit rechnen, daß die nötigen 4 Millionen Einzeichnungen aufgebracht sind.“

Sie haben Grund zum Entsetzen. Die Hoffnungen der deutschen Monarchisten sind dahin. Ein Volk, von dem 8 Millionen durch ihre distanzliche Namensunterschrift die Entthronung der entthronen Fürsten fordert, ist republikanisch. Wer an eine Restauration des Monarchismus in einem solchen Volke glaubt, der ist politisch nicht mehr ernst zu nehmen.

Noch ist es aber nicht zu Ende! Nun gilt es den letzten Tag. Der letzte Tag der Eintragungsfrist muß Ordnung und Höhepunkt der großen Volkskundgebung für Volksrecht gegen Fürstenübermut werden.

Ansturm in Dresden 157 500 Eintragungen

Am geizigen Montag haben sich für das Volksbegehren 29 184 Personen unterschrieben. Das ist die höchste Ziffer an einem Tage seit Beginn des Kampfes.

Insgesamt erfolgten bis jetzt in Dresden 157 418 Einzeichnungen. Diese Stimmenzahl übersteigt die der sozialistischen und kommunistischen Wähler bei der Reichspräsidentenwahl bereits um 17 000.

Wenn heute und morgen in diesem Tempo weiter gearbeitet wird, dann ist die Hoffnung berechtigt, daß Dresden an die 200 000 Einzeichnungen herankommt. Ein Ergebnis, das sich kein noch so großer Optimist unter den Parteigenossen hätte träumen lassen.

Das außerordentlich gute Resultat muß allen, die bis jetzt säumig waren, noch zu der Einzeichnung am letzten Tage aufspornen.

Volksnot und Fürstentwucher

Von S. Aufhäuser

Eine der nervenzerrütenden Ursachen, nämlich die Angst vor der täglich zunehmender Entwertung der ohnehin äußerst knappen Geldmittel, ist durch Einführung wertebündiger Zahlungsmittel im Dezember 1923 hoffentlich für die Dauer weggefallen, aber die Bevölkerung hat doch gleichzeitig durch die Durchführung der phantastischen Jähren für Einnahmen und Ausgaben auf einen den früheren Verhältnissen vergleichbaren Maßstab um so mehr einsehen müssen, wie verarmt der einzelne ist und mit welch geringen Mitteln er nunmehr seinen Lebensunterhalt fristen muß.

Dieser Satz über die nach Beendigung der Inflation in die Erscheinung getretene Vereinerung des deutschen Volkes findet sich in der neuen amtlichen Denkschrift des Reichsministeriums des Innern über die gesundheitlichen Verhältnisse Deutschlands. „Die Ernährung ist“, wie die Denkschrift sagt, „für einen großen Teil des Volkes unzureichend.“ Zur Bekämpfung der Tuberkulose, dieser Volkskrankheit, sind zur Zeit weit über 200 Heilstätten mit über rund 50 000 Betten „in Betrieb“, ohne aber auszureichen. Als krankheitsbegünstigend gibt die Denkschrift u. a. die katastrophale Wohnungsnot an; sie sagt:

„Es ist doch allbekannt, daß ein großer Teil der Bevölkerung mit mehr als bescheidenen Unterkunftsräumen sich begnügen muß, daß vielfach die Menschen in geradezu unwürdigen, unhygienischen Wohnstätten zusammengepfercht sind...“

Gegenüber diesen amtlich bestätigten fürchterlichen Auswirkungen des Krieges und der Nachkriegszeit auf den Gesundheits- und Ernährungszustand des Volkes spricht ein deutschnationaler Abgeordneter zum Volksbegehren in der Fürstenabfindung immer noch von der Begehrlichkeit des Volkes. Wie sieht es mit dieser Begehrlichkeit aus?

Die in Arbeit befindlichen Volksgenossen haben keine Kaufkraft mehr, ihre mangelnde Konsumfähigkeit verhindert eine Entspannung der Krise. Die gegen 5 Millionen zählenden Erwerbslosen und Kurzarbeiter begehren Staatshilfe, um nicht zu verhungern. Die bescheidene Erhöhung der Unterhaltungen wie sie im Dezember v. J. und im Januar 1926 beschlossen wurde, zeitigte im Reichsrat sofort eine Entschliebung der Länder, wonach sie sich außerstande fühlen, die Mittel für Erwerbslose und Kurzarbeiter aufzubringen. Sie verlangen vom Reich das Geld, um auch nur diesen dringendsten Notständen steuern zu können. Und das Reich? Als die Sozialdemokratie im Dezember für 500 000 Ausgesessene, die ohne irgendwelche Existenzmittel sind, einmalige Beihilfen forderte, gab das Reich ganze 5 Millionen



Wagt zum letzten Sturm gegen Fürstenhabgier! Einzeichnen!